

Thomas Meyer

Der Sozialdemokratische Kompromiss und seine Grenzen

Wie immer es kommt, eines ist klar: Große Koalition heißt großer Kompromiss. Ist das für Sozialdemokraten automatisch ein schlechter Deal? Sind es ihre Kompromisse, den Deutschen in der Seele zuwider, die das Leiden der SPD verlängern oder verschlimmern? Durchaus naheliegende Fragen, die eine gute Antwort verlangen, wenn nicht der Katzenjammer vom ersten Tag eines solchen Regierungsbündnisses an zu dessen anschwellender Begleitmusik werden soll, innerhalb der Partei und in guten Teilen ihrer Wählerschaft. Lieber klare Kante und ab in die Opposition? Auch dort gibt es ja, wie Kurt Schumacher unermüdlich betonte, große staatspolitische Lorbeeren zu verdienen und obendrein ein lupenreines Gegenprofil zur Regierungspartei auf Vorrat für die nächste oder übernächste Wahl. So oder so – ein Dilemma fürwahr.

Das Wort »Kompromiss«, der Zwilling von »Koalition«, hat in unterschiedlichen Sprachen einen anderen Klang. In vielen angelsächsischen Ländern gilt er als Muster gelungener Politik. Pragmatischer Geist prägt dort die politische Kultur. Doch schon in den USA funktionierte diese Gleichung nie richtig, Aktuell wird sie von den Tea Party-Fundamentalisten ins Gegenteil verkehrt. Lieber das Land vor die Hunde gehen lassen als einen Schritt auf den Gegner zu machen. Ausgerechnet im Stammland der modernen Demokratie ist der »Kompromiss« für eine politische Schlüsselgruppe zum Teufelszeug geworden. John Dewey, der demokratische Lehrmeister der Neuen Welt, dreht sich heftig im Grabe. Die politische Kultur der Zusammenarbeit, Grundnahrungsmittel jeder Demokratie, wird mit Inbrunst vergiftet. Sie nennen das »Werte-Politik« und berufen sich auf die »Wahrheit«.

Für uns Deutsche freilich kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Gerade hierzulande gehörte – in beträchtlichen Teilen durchaus bis heute – mit Konflikt und Widerspruch auch der Kompromiss zum Teufelszeug und galt als Verrat an der geliebten »Harmonie«, wie sie herrschende Eliten jeweils von oben verordneten. Beim Hauptwort »Kompromiss« fiel den meisten nur automatisch das Beiwort »fauler« ein. Diese Kultur des Unpolitischen hat auch die deutsche Sozialdemokratie seit Beginn ihrer Geschichte von innen und von außen belastet. Erst in der Weimarer Republik konnten ihre Auswirkungen im Inneren der Partei abgebaut und erst in der Bundesrepublik der 60er Jahre die äußeren spürbar gemindert werden. Verschwunden sind sie nicht, daran hat uns der jüngste Wahlkampf erinnert. Der immer Recht habende Teil der Linken, heute vornehmlich außerhalb der Partei, hat sich von den fundamentalistischen Anfängen der sozialistischen Bewegung niemals freigemacht. Er schmückt sich gern mit einer selbstgerechten Zurschaustellung seiner Geringschätzung, oft blanken Verachtung der Sozialdemokratie als dem wandelnden Kompromiss. Und das zielt, so ist zuzugeben, tatsächlich aufs Herz dieser Partei. Es ist der Kompromiss, freilich nicht jeder oder irgendeiner, sondern ein ganz besonderer, der »sozialdemokratische Kompromiss«, der sie definiert. Was ist das und wozu dient er? Schon der flüchtige historische Rückblick legt nahe, dass dieser Kompromiss aus Leidenschaft beides zugleich ist, eine Ressource für große Erfolge und ein Risiko für schmerzhaftige Rückschläge.

Der Kompromiss stand keineswegs an der Wiege der Sozialdemokratie, er musste mühsam erlernt werden. Vor dem Ersten Weltkrieg galt jede Form der Regierungsbeteiligung, nach dem französischen Sozialisten, der das als erster gewagt hatte, *Millerandismus*

genannt, als Verrat an der Sache. Erst die existenziellen Zwänge des Ersten Weltkriegs begannen das zu verändern. Zum Symbol des Umdenkens wurde das Vaterländische Hilfsdienstgesetz, das im Tausch für die selektive Unterstützung der Regierung einen beträchtlichen Schritt zur Arbeitermitbestimmung brachte, einem Kernanliegen der Sozialdemokratie. Das war die Zeit, als der ethische Sozialist Leonard Nelson, durchaus ein ethischer Rigorist, Ur-Vater des Godesberger Programms, das neue sozialdemokratische Grundgesetz verkündete: »Der Kompromiss ist die Verwirklichungsform des Ideals auf Erden.« Denn wer auf das jetzt mögliche Stück vom Ideal verzichtet, im Glauben es damit reinzuhalten, verrät es in Wahrheit ganz. Ein unbequemer Lehrsatz, der jüngst durch Avishai Margalits glänzende Rehabilitation der Ethik des guten Kompromisses endlich mal etwas Glanz erfahren hat. Die schwierigsten Fragen bleiben dabei freilich offen: Wo genau befindet sich der Kippunkt hin zum »faulen Kompromiss«, und welche Rückwirkungen hat der fortwährende Kompromiss in der Grauzone auf die bleibende Glaubwürdigkeit der beteiligten Akteure?

In der Weimarer Republik stellte sich dann vom ersten Tage an die Erkenntnis ein, dass die Verteidigung der Demokratie, dieser wichtigen Etappe auf dem Weg der Sozialdemokratie zur Erfüllung aller ihrer weiterführenden Träume, den täglichen Kompromiss zum Lebensgesetz macht, oft unter Preisgabe des Vorankommens auf dem eigenen Weg und schließlich sogar unter Inkaufnahme schmerzhafter Rückschritte. Die Verteidigung der Republik war in der entstandenen Lage zum obersten Zweck geworden – am Ende vergeblich. Da stellen sich mehrere Fragen: War das zu viel des Guten, der Rückstellung eigener Ziele und der defensiven Selbstverleugnung? Hätte mehr Kampfbereitschaft im richtigen Augenblick das Blatt womöglich wenden können? Hatte man sich im schlüpfrigen Grenzland zwischen »guten« und selbstzerstörerischen Kompromissen heillos verfangen?

Just in dieser unübersichtlichen Zeit hatte aber auch etwas anderes begonnen, was dann nach Faschismus und verlorenem Krieg zur vollen Entfaltung kam und in ganz Europa das Antlitz von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat den sozialdemokratischen Ideen ähnlicher werden ließ. Dass, nach dem Wort von Ralf Dahrendorf, das 20. Jahrhundert in seiner zweiten Hälfte zu einem »sozialdemokratischen« werden konnte, hatte eine selten verstandene fundamentale Voraussetzung: die zwingende Macht des »sozialdemokratischen Kompromisses« als *soziale Tatsache*. Dessen unleugbarer historischer Erfolg ruhte auf zwei dramatischen Erfahrungen. Die eine wurde schon zu Beginn der allerersten sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung 1918/19 gemacht: Es reicht gerade für den hohen Anspruch einer Politik der gleichen Freiheit nicht aus, gute Projekte zu erdenken, wenn das vorhandene gesellschaftliche Bewusstsein ihnen nicht entgegen kommt und ihr Funktionieren in der wirklichen Welt nicht gesichert ist. Ohne diesen Kompromiss zwischen Ideal, öffentlicher Meinung und ökonomischer Wirklichkeit bleibt jedes Programm Makulatur. Die zweite Bedingung für das »sozialdemokratische Jahrhundert« war prekärer und ist es geblieben, denn sie beruht auf der Einigung mit widerstrebenden sozialen Kräften, den Spitzen der kapitalistischen Wirtschaft. Sie war nur unter besonderen historischen Bedingungen zu gewinnen und ist schwer zu sichern. Erst unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren kam der sozialdemokratische Kompromiss in Europa und den USA (nur zeitweilig) zustande, auf dem die politische Regulierung des Kapitalismus und der moderne Sozialstaat beruhen. Neben der existenzbedrohenden Systemkrise des Kapitalismus spielte dafür die glaubwürdige Option der Arbeiterbewegung eine entscheidende Rolle, notfalls für eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu kämpfen. Die Existenz der kommunistischen Option, von den Sozialdemokraten stets prinzipiell verworfen, verlieh dieser »Drohung« auf ihre Weise Gewicht.

Der Inhalt des zur Abwendung dieser Drohung explizit oder implizit fast überall in der Welt des modernen Kapitalismus geschlossenen sozialdemokratischen Kompromisses war die historische Gründungsurkunde der sozialstaatlichen Demokratie: Die Arbeiterbewegung akzeptiert Grundelemente der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, das Privateigentum an großen Produktionsmitteln und die Marktwirtschaft, deren Sachwalter verzichten im Gegenzug auf einen substanziellen, aber verhandelbaren Teil ihrer Eigentumsrechte zugunsten von Mitbestimmung, Mitfinanzierung eines umfassenden Sozialstaates, steigenden Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen. In Deutschland und Italien gelang dies freilich erst nach dem Zweiten Weltkrieg, weil die Gesellschaften in der Zwischenzeit die nationalsozialistische/faschistische Retusche der Krise gewählt hatten. Nach 1945 wurde die Akzeptanz »sozialer Bürgerschaft« zum Grundpfeiler der Demokratie und zum Regulativ für die politische Ökonomie in Europa. Dieser sozialdemokratische Kompromiss steckte den Sozialkontrahenten und unseren Gesellschaften noch bis vor kurzem gründlich in den Knochen und verband sich mit einem Gefühl für die Unverletzlichkeit der kulturell-moralischen Standards, die durch die soziale Demokratie scheinbar unwiderruflich gesetzt schienen.

Heute, nach dem Triumphzug der Globalisierung, dem schmachvollen Scheitern des kommunistischen Modells und den sozial-ökonomischen Erschütterungen durch die Finanzmarktkrise, wird die Korrosion des »sozialdemokratischen Kompromisses« betrieben. Die maßgeblichen Sachwalter der Kapitalseite glauben, nun auch in Europa von der Voraussetzung ausgehen zu können, ein substanzieller Rückbau des historisch erreichten Niveaus sozialer Demokratie werde politisch ähnlich folgenlos bleiben wie anscheinend schon immer im Stammland der libertären Demokratie, den USA. Wo wird ihre Grenze sein? Die Bedingungen für eine erfolgreiche Politik der sozialen Demokratie verschlechtern sich just in dem Augenblick, in dem diese nötiger wäre denn je.

Folgt nun nach der »goldenen Zeit der Sozialdemokratie« der ersten Jahrzehnte nach dem Krieg, und den Jahren ihrer schleppenden Krise seither eine Epoche der sozialen Austerität? Der »sozialdemokratische Kompromiss« war, so lange er funktionierte, der Gesellschaft fast aus dem Blickfeld geraten. Er war aber immer eine entscheidende soziale Machtressource. Das wird nun, wo er bröckelt, wieder spürbar. Darauf zielt das in der linken Debatte meist gründlich missverständene Vermächtnis des bedeutenden britischen Historikers und Visionärs der sozialen Demokratie Tony Judt: Wenn die Politik der Sozialdemokratie nicht mehr aus Überzeugung gewollt werde, so sollte sie wenigstens *aus Furcht* unterstützt werden, weil mit ihrer Schwächung die Fundamente der Demokratie selbst rissig werden. Nun hat der sozialdemokratische Kompromiss zwar keine seine Ideale gefährdende Schattenseite, aber eine eingebaute Dynamik der Selbstschwächung. Je länger er geräuschlos und erfolgreich funktioniert, umso mehr gerät seine bedingende Kraft in Vergessenheit und wird unterhöhlt. Und je geringer der Preis für seine Demontage jenen erscheint, die ihn loswerden möchten, umso ungehemmter betreiben sie diese Demontage.

Die Sozialdemokratie ist die Partei des großen historischen Kompromisses der europäischen Demokratie. Dafür wird sie nicht nur geliebt. Es ist für sie in der entstandenen Lage daher noch wichtiger als ohnehin, in ihrer Orientierung, im Reden und im Handeln der Personen, die ihren Anspruch verkörpern, eindeutig zu sein und nach keiner Seite Zweifel zu lassen, dass der Kurs auf mehr soziale Demokratie gehalten wird und vor allem, dass die Substanz ihrer Wahlversprechen gilt. Das ist gleichzeitig eine Frage der Herstellung und der Darstellung ihrer Politik, der Kompromissinhalte und ihrer Begründung. Für jeden »faulen« Kompromiss jetzt muss ja spätestens am nächsten Wahltag eine hohe

Rechnung beglichen werden. Der Zeitfaktor spielt für die Art von Koalitionskompromissen, die in der Demokratie vom Wähler honoriert werden, eine vertrackte Rolle. In der Weimarer Zeit ist die Sozialdemokratie zweimal in große Koalitionen eingetreten, um unter Hintanstellung ihrer eigenen Partei-Interessen in beinahe aussichtsloser Lage den verfahrenen Karren aus dem Dreck zu ziehen, 1923 um die ins Maßlose gleitende Inflation zu zähmen, und 1928/30 um die Demokratie selbst zu retten. Sie sprang in die Bresche als Kraft des rettenden Kompromisses. Sie konnte mit diesem Opfer aber das Vertrauenskapital in der Wählerschaft nicht anhäufen, das sie dann, bei den letzten freien Wahlen 1933 gebraucht hätte, um das Überleben der Demokratie zu sichern. Die Art von staatspolitisch ehrenhaften Kompromissen, die sie eingegangen war, hatte sie als Partei dennoch verschlissen.

Und dann: Aus der ersten Großen Koalition der Bundesrepublik ist die SPD nur darum gestärkt hervor gegangen, weil Willy Brandt mit dem Charisma seiner Person den sozialdemokratischen Überschuss über die Regierungspraxis jener Jahre Herbert Wehners Verdikt mächtig überspielte, dem Land dürfe nichts vermittelt werden außer den Erfolgen dieser Kompromiss-Regierung selbst. Und, notabene, eine Linkspartei, die Enttäuschungen begierig aufsaugen konnte, existierte nicht. Doch entstand dabei eine beachtliche außerparlamentarische Opposition, die das Vertrauen in die Partei anhaltend schwächte. Dass sich viel später am Ende der zweiten Großen Koalition die Partei trotz ihrer guten Regierungserfolge auf dem absoluten Tiefpunkt ihrer Geschichte wiederfand, muss beunruhigen, zeigt es doch, dass es keineswegs nur die Substanz der geschlossenen Kompromisse ist, woran sie von ihren Anhängern und Wählern gemessen wird. Eingebettet in ihre grundlegenden Kompromisse des prinzipiellen Pragmatismus und der antagonistischen Kooperation mit den Mächten des nie ganz zähmbaren Marktkapitalismus wird der spezifische sozialdemokratische Feingehalt ihres Regierungshandelns von ihren Mitgliedern und Sympathisanten gern auf die Goldwaage gelegt. Fast scheint es, als schaue man gerade bei der Partei des großen Kompromisses misstrauisch auf die Glaubwürdigkeit der kleinen Kompromisse im Einzelnen. Und, ihr kann es im Gegenteil zur CDU nie reichen, das Land nur anständig zu verwalten, sie muss mehr zeigen. Kompromisse, bei denen die anderen gedeihen, lassen sie verkümmern.

Eine positive Wählerbilanz nach einer erneuten Großen Koalition kann die Sozialdemokratie daher nur erwarten, wenn sie ihren sozialdemokratischen Überschuss über den geschlossenen Kompromiss, auch wenn er »gut« ist, jederzeit sichtbar hält. Darüber hinaus muss sie eine glaubwürdige Machtperspektive vorweisen, auf welche Weise nach der nächsten Wahl mehr von diesem Überschuss realisiert werden kann. Gerade für die Partei der großen Kompromisse erweist sich der kleine Kompromiss als eine heikle politische Kunst, wenn sie dauerhaft der überall am Wegesrand einer Großen Koalition gerade auf sie lauenden Gefahr entgehen will, vor der kein geringerer als der dichtende Minister Goethe, freilich auf allzu deutsche Weise, warnte: »Gesunde Kompromisse machen aus Konflikten chronische Krankheiten.«



Thomas Meyer

(* 1943) ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung und: Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de